

July 1917 K. Pol. 35 Jahre, Pol.

# ARCHIV FÜR SOZIALWISSENSCHAFT UND SOZIALPOLITIK

Begründet von

WERNER SOMBART, MAX WEBER und EDGAR JAFFE

In Verbindung mit

JOSEPH SCHUMPETER und ALFRED WEBER

herausgegeben von

EMIL LEDERER

---

## Separat-Abdruck

aus

Band 52, Heft 1.

---



Diese Separatabdrücke aus dem „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“  
sind im Buchhandel nicht käuflich,  
sie werden in kleiner Anzahl nur für die Verfasser hergestellt. Jedoch kann das  
betreffende Heft des Archivs, dem der Aufsatz entnommen ist, durch jede Buch-  
handlung oder direkt vom Verlage bezogen werden.

---

Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen.

1924. Nr. 63. VI. 530.

---

## Die funktionelle Theorie der Gesellschaft und das Problem der sozialistischen Rechnungslegung.

(Eine Erwiderung an Prof. Mises und Dr. Felix Weil.)

Von

KARL POLÁNYI.

Unseré Schrift über »Sozialistische Rechnungslegung«<sup>1)</sup> ist von verschiedenen Seiten einer mehr-minder eingehenden Kritik unterzogen worden<sup>2)</sup>. Als Auftakt zu einer kurzen Erwiderung wird es vielleicht dienlich sein, unseren Standpunkt zu der laufenden Diskussion über das Problem der Rechnungslegung in einer sozialistischen Wirtschaft vorzuschicken.

Allgemein wird heute die zentrale Bedeutung dieses Problems für die sozialistische Wirtschaft anerkannt<sup>3)</sup>. In seiner Beurteilung jedoch lassen sich drei Hauptgruppen unterscheiden, von denen zwei den herkömmlichen Gegensatz von Marktwirtschaft gegen marktlose

<sup>1)</sup> Karl Polányi »Sozialistische Rechnungslegung« in diesem Archiv Bd. 49, 2, S. 377—420.

<sup>2)</sup> Vgl. L. Mises »Neue Beiträge zum Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung«, in diesem Archiv Bd. 51, 2, S. 490 ff. — O. Leichter »Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft«, Marx-Studien Bd. V, 1, S. 23, 77—79. — F. Weil »Gildensozialistische Rechnungslegung«, Kritische Bemerkungen zu Karl Polányis »Sozialistische Rechnungslegung« in diesem Heft des Archiv.

<sup>3)</sup> Nur Weil behauptet, daß dieses Problem für den Sozialismus entweder überhaupt nicht existiere (a. a. O. S. 197), oder nur geringfügige Bedeutung habe (S. 205). Er beruft sich hierbei auch auf Marx. Jedoch mit Unrecht, wie folgendes Zitat beweist: »Nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung gesellschaftlicher Produktion, bleibt die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinne, daß die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der Gesellschaftsarbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen und endlich die Buchführung hierüber wesentlicher denn je werden.« Kapital, III. 388. Der Satz, daß das Problem der Rechnungslegung den Angelpunkt des sozialistischen Wirtschaftsproblems bilde, stammt übrigens von Lenin. Er hat ihn bekanntlich zum Gegenstand einer großzügigen persönlichen Propaganda in 1920 in Sowjetrußland gemacht.

Wirtschaft vertreten <sup>4)</sup>, die dritte, erst in Konstituierung befindliche Gruppe aber auf einer, von diesem Gegensatz prinzipiell unabhängigen Grundlage fußt. Wir wollen diese letztere allerdings recht spärliche Gruppe die der Vertreter der positiven sozialistischen Theorie nennen.

Zwischen den beiden ersteren, einander bekämpfenden Hauptgruppen nun, besteht Einmütigkeit bezüglich der Fragestellung. Beiderseits wird der theoretische Gegensatz von Marktwirtschaft und marktloser Wirtschaft mit dem Gegensatz: Kapitalismus gegen Sozialismus identifiziert, und damit die sozialistische Wirtschaft von vornherein nicht nur im kollektivistischen, im staatssozialistischen Sinne, sondern eben als eine verkehrslose, eine marktlose Wirtschaft, als eine zentrale Verwaltungswirtschaft definiert. So heftig diese beiden Gruppen einander sonst befehlen mögen, bieten sie doch der dritten, sich neuerdings meldenden Gruppe, die wir die der positiven sozialistischen Theoretiker genannt haben, eine gemeinsame, geschlossene Front dar. In diese letztere würden wir die Schöpfer des funktionellen Sozialismus in England, insbesondere die Vertreter des funktionellen Gildensozialismus, sowie sozialistische Theoretiker von der wissenschaftlichen Gesinnung Ed. Heimanns und J. Marschaks <sup>5)</sup> einreihen <sup>5a)</sup>. Auch unsere Schrift entstand im betonten Gegensatz zu beiden herkömmlichen Richtungen und sollte einen ersten Versuch darstellen, die Forderung nach Schaffung einer positiven sozialistischen Wirtschaftslehre gegenüber dem, unserer Ueberzeugung nach, theoretisch

<sup>4)</sup> Von unseren Kritikern vertritt Mises grundsätzlich die erstere, Weil die letztere.

<sup>5)</sup> Vgl. J. Marschak »Wirtschaftsrechnung und Gemeinwirtschaft«. Zur Misesschen These von der Unmöglichkeit sozialistischer Gemeinwirtschaft. In diesem Archiv Bd. 51, 2, S. 501 ff.

<sup>5a)</sup> Vgl. das bemerkenswerte Buch von Ed. Heimann »Mehrwert und Gemeinwirtschaft. Kritische und positive Beiträge zur Theorie des Sozialismus«. Berlin 1922. S. 120, 140, 164 et passim. Die englischen Funktionalisten waren H. im Original nicht zugänglich (Anm. 384), woraus sich wohl erklärt, daß H. das wesentliche an dieser neuen Sozialtheorie verkennt. (Vgl. zu Anm. 338 G. D. H. Coles »Guildsozialism re-stated« London 1920 und insbesondere »Social Theory« London 1920.) Auf funktioneller Grundlage ausgebaut stellt sich nämlich das von H. für die »Vollsozialisierung einzelner Wirtschaftszweige« mit Recht bestrittene »Gleichgewicht der organisierten Interessengruppen« grundsätzlich ein, weil hier die Konsumenten und Produzenten in ihrer Gesamtheit miteinander konfrontiert werden. Für diese Konstellation gilt das Oppenheimersche Gesetz über die relative Stärke des »Käufers« und des »Verkäufermotivs« offenbar nicht. Unser Standpunkt geht aber in der hier erörterten allgemeinen Hinsicht über Heimann hinaus, da wir auch die »vollkommene Gemeinwirtschaft« (a. a. O. S. 163) nicht als eine »an einer gesatzten Ordnung systematisch orientierten Bedarfsdeckung« im Sinne Max Webers, sondern im funktionalistischen Sinne, als ein freies Zusammenwirken funktioneller Selbstorganisationen gefaßt wissen wollen. Vgl. übrigens Heimann »Ueber gemeinwirtschaftliche Preisbildung« Köln. Vierteljahrsh. Bd. I, 2, S. 71.

überholten Schulstreit der orthodoxen Marxisten und ihrer »bürgerlichen« Gegner zur Geltung zu bringen<sup>6)</sup>. — Und nun, zur Sache.

Die Forderung nach Schaffung einer positiven sozialistischen Wirtschaftslehre stellen, heißt, selbstredend, zugeben, daß eine solche noch nicht vorhanden ist. Ausführlich haben wir in unserer Arbeit die methodologischen Folgerungen aus dieser Sachlage für unsere Behandlung des Problems der Rechnungslegung auseinandergesetzt. Andererseits haben wir aber auch aus derselben Rücksicht unsere Definitionen und sonstigen Annahmen auf eine Weise gefaßt, daß damit der Weg zu einer positiven Behandlung der sozialistischen Wirtschaftslehre freigehalten bleibe. Insbesondere gilt das in drei Hinsichten: 1. für die Definition der sozialistischen Wirtschaft, 2. für die gegenseitige Beziehung von Recht und Wirtschaft, endlich 3. für die Analyse der Wirtschaftsmotive. Die sozialistische Wirtschaft wurde von uns auf eine Weise gefaßt, durch die die Organisation der Gemeinwirtschaft, im weitesten Sinne des Wortes, unberührt bleibt. Die Verwirklichung von zwei Forderungen, — der maximalen Produktivität der Produktion einerseits, der Herrschaft des sozialen Rechtes, sowohl hinsichtlich der Verteilung, wie auch der sozialen Richtung der Produktion andererseits, — erschöpfte für uns den Begriff einer sozialistischen Wirtschaft<sup>7)</sup>. In gleichem Sinne behandelten wir die Begriffe Recht und Wirtschaft: nicht statisch, als zwei Erscheinungsformen ein und desselben sozialen Substrates (Eigentumsverhältnisse = Produktionsverhältnisse), sondern dynamisch, als zwei voneinander relativ unabhängige Faktoren des gesellschaftlichen Seins. So wurde es uns erst möglich, Rahmenwirkungen und Eingriffswirkungen des Rechtes auf die Wirtschaft zu unterscheiden, eine Distinktion, durch die die übliche Alternative von Verwaltungswirtschaft, als rechtlich geregelter Wirtschaft und freier Wirtschaft, als einer von Rechtsregelung freien Wirtschaft, aufgehoben erscheint<sup>8)</sup>. Schließlich gestalteten wir das Problem der Scheidung von »natürlichen« und »sozialen«<sup>9)</sup> Kosten eines Produktes zu einer Analyse des »einheitlichen Wirtschaftswillens« in bezug auf die Motive aus denen er hervorgegangen ist und zeigten damit den konkreten Zusammenhang zwischen der inneren Organisation des Wirtschaftssubjektes und der Zusammensetzung seines Wirtschaftswillens, auf.

<sup>6)</sup> Vgl. unsere Schrift S. 380—382.

<sup>7)</sup> Hiegegen setzt Weil die folgende Definition: »Unter Sozialismus verstehen wir diejenige Gesellschaftsordnung, zu der (nach Marx und Engels) die Entwicklung fortschreitet.« (Anm. 9).

<sup>8)</sup> Vgl. Webb's »policy of the National Minimum« in »A Constitution for the Socialist Commonwealth of Great Britain« London 1920, S. 10.

<sup>9)</sup> Weil vermeint in dieser Kategorie den Dühringschen »Verteilungswert« wiederzuerkennen. Das ist irrig. D.'s Verteilungswert stellt einen Monopolpreis dar, der auf dem Gewalteigentum ruht, als den D. den Großgrundbesitz betrachtet. Allerdings bringt Weil keinerlei Gründe für seine Behauptung vor.

Für die Schaffung einer positiven sozialistischen Wirtschaftslehre ist freilich mit alledem noch nicht viel geleistet. Dennoch ließe sich unschwer zeigen, daß die erwähnten Definitionen und Annahmen gemacht werden müssen, wenn eine positive sozialistische Wirtschaftslehre möglich sein soll. Die englischen Funktionalisten gingen ähnlich vor um die angeblich zwangsläufige Alternative: Kollektivismus oder Syndikalismus? zu überwinden<sup>10)</sup>. Wir bemühten uns auch, in unserer Schrift klarzulegen, daß unsere Definitionen und Annahmen nur auf dem Boden der funktionalistischen Anschauung der Gesellschaft fruchtbar sein können<sup>11)</sup>. Kurz, unser Lösungsversuch beruht auf der doppelten Voraussetzung, daß weder für die Theorie der Wirtschaft der Gegensatz: Marktwirtschaft gegen marktlose Wirtschaft, noch für die Theorie der sozialistischen Wirtschaftsorganisation der Gegensatz: Kollektivismus gegen Syndikalismus, eine notwendige Alternative darstellt.

Mises hat darum in seiner Kritik unzweifelhaft den Kernpunkt der Frage berührt, indem er die funktionalistische Position selbst angreift. »Zwischen Syndikalismus und Sozialismus gibt es keine Vermittlung und keine Versöhnung«, meint Mises. (Unter Sozialismus ist hier stets kollektivistischer Sozialismus zu verstehen.) Der Fehler unserer Konstruktion liege darum in der Unklarheit, mit der sie »der Kernfrage: Syndikalismus oder Sozialismus auszuweichen sucht«. Insbesondere gelte das für die Annahme einer Verfassungsform in der die Uebereinkunft von zwei funktionellen Hauptverbänden, Kommune und Produktionsverband, die höchste Macht in der Gesellschaft darstellt. Den Beweis für seinen Einwand meint nun Mises durch folgenden Gedankengang zu erbringen:

Er zitiert aus unserer Schrift: »Funktionelle Vertretungen ein und derselben Menschen können nie in einen unlösbaren Widerstreit miteinander geraten — das ist die Grundidee jeder funktionellen Verfassungsform.« Hiezu führt er aus: »Diese Grundidee der funktionellen Verfassungsform ist jedoch verfehlt. Wenn — und das ist die stillschweigende Voraussetzung der Polányischen und aller verwandten Konstruktionen — das politische Parlament durch die Wahl aller Genossen bei gleichem Stimmrecht jedes einzelnen gebildet werden soll, dann kann sehr wohl zwischen ihm und dem Parlament der Produktionsverbände, das aus einer ganz anders aufgebauten Wahlordnung hervorgeht, ein Widerstreit entstehen.« Hat nun »weder die Kommune, noch der Kongreß der Produktionsverbände die letzte Entscheidung, dann ist das System überhaupt nicht lebensfähig.

<sup>10)</sup> S. u. B. Webb, entschiedene Gegner des Gildensozialismus (a. a. O. S. 48, 50) behaupten, daß der ganze englische Sozialismus bereits auf funktionalistischer Grundlage stehe (S. XVII und 107). Das Webbsche Werk stellt übrigens den notwendig verunglückten Versuch dar, die kollektivistischen Neigungen der Autoren mit dem funktionellen Prinzip in Einklang zu bringen.

<sup>11)</sup> a. a. O. S. 413—420.

Ist die letzte Entscheidung bei der Kommune, dann haben wir es mit einer zentralen Verwaltungswirtschaft zu tun, für die auch Polányi die Unmöglichkeit der Wirtschaftsrechnung zugesteht. Ist aber die letzte Entscheidung bei den Produktionsverbänden, dann haben wir ein syndikalistisches Gemeinwesen vor uns.\*

Dieser Gedankengang wäre nun allerdings zwingend, wenn der unausgesprochene Hauptsatz, auf den er sich stützt, richtig wäre. Er ist es aber nicht. Dieser Hauptsatz müßte lauten: »Eine Verfassungsform ist nur dann lebensfähig, wenn die letzte Entscheidung bei einer der verfassungsmäßig anerkannten Körperschaften liegt.« Es bedarf wohl keines Beweises, daß für die überwiegende Zahl unbestritten lebensfähiger Verfassungen das Gegenteil zutrifft: die letzte Entscheidung liegt nicht bei einem, sondern wenigstens bei zweien der gesetzgebenden Faktoren.

Dieser Fehlschluß von Mises erklärt sich wohl daraus, daß Mises den Doppelsinn des Wortes »Verfassungsform«, je nach dem darunter ein bloß tatsächliches gesellschaftliches Machtverhältnis, oder aber ein gesellschaftliches Anerkennungsverhältnis gemeint ist, nicht beachtet hat. Nur für die Verfassungsform der Gesellschaft im ersteren Sinne, als eines gesellschaftlichen Machtverhältnisses gilt aber der Satz, daß dieses, um wirksam zu sein, ein Uebermachtsverhältnis darstellen muß, d. h. die Entscheidung bei einer der Parteien liegen muß. Auf die Verfassungsform im anderen Sinne des Wortes, als eines gesellschaftlichen Anerkennungsverhältnisses, läßt sich dieser Satz keineswegs übertragen. Indem Mises das dennoch tut, gelangt er zu seinem irrigen Hauptsatz, daß eine Verfassungsform nur dann lebensfähig sei, wenn die Entscheidung bei einem der verfassungsmäßig anerkannten Faktoren liege. Das Irrige dieses vorweggenommenen Hauptsatzes wurde für Mises vielleicht durch den Doppelsinn des Ausdrucks »letzte Entscheidung« verhüllt, bei dem das Eigenschaftswort »letzte« einerseits einen Hinweis auf das hinter dem Anerkennungsverhältnis wirkende Machtverhältnis enthält, andererseits auch auf die höchste Instanz unter dem Anerkennungsverhältnis selbst, hinweist.

Auch hinter einem unrichtigen Gedankengang mag nun ein zutreffender Einwand verborgen liegen. Wir wollen deshalb versuchen, den Misesschen Einwand neu zu fassen, nachdem wir das Problem der teleologischen Notwendigkeit eines einheitlichen Organs als Entscheidungsinstanz sowohl für die Verfassungsform als Machtverhältnis, wie auch als Anerkennungsverhältnis gedacht, kurz erörtert haben werden:

Unter dem Machtverhältnis ist die Erledigung eines Widerstreites zwischen den Parteien nur im Falle der dauernden Uebermacht der einen über die andere möglich. Die Entscheidung liegt hier somit immer bei einer der beiden Parteien. Bei gleicher oder bei schwankender Macht der Parteien muß daher das Machtverhältnis begrifflich versagen: eine Erledigung des Widerstreites der Parteien auf dem

Boden des Machtverhältnisses bleibt dann grundsätzlich ausgeschlossen. Soll eine Erledigung dennoch stattfinden, so muß deshalb zwischen den Parteien ein Anerkennungsverhältnis eintreten (z. B. Begründung einer Verfassung, von Recht, von Sitte usw.). Auch unter dem Anerkennungsverhältnis kann nun die Entscheidung, allerdings nur äußerlich und scheinbar, einer der beiden Parteien zugesprochen werden (z. B. im Wege einer wechselweisen oder einer Entscheidung durch das Los), es muß das aber nicht, und wird in der Regel auch nicht der Fall sein. Die Parteien haben hier eben die Verpflichtung zu einer Vereinbarung zu gelangen gegenseitig anerkannt, womit die Erledigung ihres möglichen Widerstreites grundsätzlich gesichert ist. Auf welcher Seite gelegentlich das Uebergewicht auf Boden des Anerkennungsverhältnisses, — im Unterschied von der Uebermacht die das Anerkennungsverhältnis selbst aufheben würde, — hierbei zu liegen kommt, ist ein nebensächlicher Umstand, der nur den Kompromißpunkt zwischen den Parteien verschieben, das Anerkennungsverhältnis aber und damit die Verpflichtung zur einverständlichen Erledigung des Widerstreites nicht aufheben kann. Die Identifizierung dieses Uebergewichtes mit jener Uebermacht, scheint uns die andere Verwechslung zu sein, die Mises unterlaufen ist.

Der Einwand von Mises hätte demnach, um diesen Beziehungen gerecht zu werden, etwa also lauten müssen: »Die dauernde Uebermacht der Kommune über den Produktionsverband (oder umgekehrt), schließt ein Anerkennungsverhältnis zwischen beiden aus; es muß darum beim bloßen Machtverhältnis zwischen ihnen verbleiben, das nur wirksam sein kann, wenn die Entscheidung bei einem der beiden Verbände liegt. Ergo: Kollektivismus oder Syndikalismus.« Um nun aber auch den Beweis für diesen Einwand zu erbringen, hätte Mises freilich anzugeben gehabt, welchem der beiden Verbände die behauptete Uebermacht dauernd zufallen müsse? (Daß es sich hier nur um die dauernde Uebermacht handeln könne, folgt wie oben gezeigt, daraus, daß ein ständiges Hin- und Herschwanken der Uebermacht, ein Anerkennungsverhältnis zwischen den Parteien zulassen, ja geradezu erforderlich machen würde.) Dieser Frage kann Mises demnach nicht ausweichen, denn es hieße das seinerseits zugeben, daß es theoretisch nicht möglich ist, den einen dieser funktionellen Verbände vor dem anderen zu bevorzugen. Gerade das ist es aber, was von uns als Folge des funktionellen Prinzips behauptet wurde und was Mises zugunsten seiner unbewiesenen Alternative: Kollektivismus oder Syndikalismus, zu widerlegen vermeint hat.

Auf jene Frage gibt es allerdings keine Antwort. Der Mensch als Produzent und der Mensch als Konsument vertritt zweierlei Grundmotive durch die ein und derselbe Lebensprozeß — das Wirtschaften des Individuums — bestimmt wird. Die Interessen, die diesen Motiven entspringen, befinden sich daher grundsätzlich im Gleichgewicht. Stellen Kommune und Produktionsverband, wie angenommen, gesonderte Vertretungen dieser Willensrichtungen dar, so treten in diesen funktionellen Verbänden grundsätzlich ebenfalls gleichstarke

Interessen einander gegenüber. Ein Schwanken zugunsten des einen oder anderen Interesses und damit des Uebergewichtes, bleibt dann zwar ebenso denkbar, wie im Falle eines Einzelindividuums innerhalb seiner selbst, die unausbleibliche Rückwirkung dieser Schwankung auf das andere, vorübergehend zurückgedrängte, mit dem ersteren polar verbundenen Interesse, muß aber das Gleichgewicht alsbald selbsttätig wiederherstellen. Das Gleichgewicht im Machtverhältnis, damit die Aufhebung dieses Verhältnisses, und die Begründung eines Anerkennungsverhältnisses, folgen somit hier aus dem funktionellen Prinzip selbst und schließen einen immanenten Einwand gegen die Möglichkeit des funktionellen Gleichgewichtes aus. Einen solchen vorzubringen hat Mises übrigens gar nicht versucht<sup>12)</sup>.

Um nun auf die unwillkürlich irreleitende Form des Misesschen Einwandes zurückzukommen, bemerken wir, daß wir selbstredend gar nicht behauptet hatten, daß sich zwischen Kommune und Produktionsverband kein Widerstreit ergeben könne. Dieser Widerstreit gehört vielmehr zum Lebenslement einer funktionell gedachten sozialistischen Gesellschaft. Statt des Widerstreites gleichartiger Interessen verschiedener Menschengruppen, wie es in einer Klassengesellschaft der Fall ist, bildet im Sozialismus der Widerstreit verschieden gearteter Interessen ein und derselben Menschengruppen das grundlegende Bewegungsprinzip der Gesellschaft und damit auch der Wirtschaft. Nicht allein aus der Verschiedenheit der Wahlordnungen, wie Mises meint, sondern aus dem funktionellen Prinzip selbst folgt also der von ihm wie von uns gleichermaßen betonte Widerstreit zwischen den funktionellen Hauptverbänden. Was wir demnach als die Grundidee einer funktionellen Verfassungsform hingestellt hatten, war vielmehr, daß dieser notwendige Widerstreit dort nie unlösbar sein kann, weil bei der Durchsichtigkeit der funktionellen Organisation, der Widerstreit zwischen den verschiedenen gerichteten Interessen ein und derselben Individuen ebenso seinen Ausgleich finden müsse, wie das innerhalb eines einzelnen Individuums bezüglich seiner verschiedenen gerichteten Interessen tatsächlich der Fall ist. Das Indivi-

<sup>12)</sup> Auch unsere Formel: \*Als Eigentümer der Produktionsmittel gilt die Kommune; ein direktes Verfügungsrecht ist mit diesem Eigentum nicht verbunden. Dieses steht den Produktionsverbänden zu . . . « bemängelt Mises als unklar, weil sie \*der Kernfrage: Sozialismus oder Syndikalismus? auszuweichen sucht\* (S. 491) Denn: \*Eigentum ist Verfügungsrecht; wenn das Verfügungsrecht nicht der Kommune, sondern den Produktionsverbänden zusteht, so sind eben diese Eigentümer und wir haben ein syndikalistisches Gemeinwesen vor uns\* (S. 491). Eigentum ist aber nicht nur Verfügungsrecht; es ist auch Aneignungsrecht. Daß die Kommune als Eigentümerin der Produktionsmittel gilt, bedeutet also, daß ihr sowohl das Aneignungsrecht bezüglich der Produkte, als das mittelbare Verfügungsrecht über die Produktionsmittel verbleibt. Beide werden im Wege des sozialen Rechtes, als Rechtsrahmen der Wirtschaft, ausgeübt.



duum soll eben hier im Wege seiner funktionellen Vertretungen mit sich selber konfrontiert werden. Die Notwendigkeit des funktionellen Interessenausgleichs beruht dann auf der psychischen und physischen Einheit des Individuums und bedarf keines weiteren Beweises, ist eines solchen auch nicht fähig. Um zu beweisen, daß diese Konfrontation nicht eintreten könne, hätte Mises, in Ermangelung einer immanenten Einwendung gegen das funktionelle Prinzip, seine Argumentation gegen die funktionelle Organisationsform richten müssen. Er hätte dann entweder beweisen müssen, daß selbst das funktionelle Vertretungssystem keine entsprechende Vertretung der gesonderten Willensrichtungen der Individuen bewirke, oder, daß selbst die funktionelle Demokratie nicht jenen Grad der Durchsichtigkeit gewährleiste, bei welchem die Identität der auf beiden Seiten beteiligten Individuen diesen ins Bewußtsein treten müsse. Mises hat nun, in seiner, allerdings kurz gefaßten und knapp vorgetragenen Kritik, keines dieser beiden Dinge behauptet, geschweige denn bewiesen.

Währenddem nun Mises aus der richtigen Erfassung des Funktionalismus heraus den Widerstreit zwischen den funktionellen Organen in den Vordergrund rückt, hiebei aber soweit geht, daß er wegen des Zusammenpralls der entgegengesetzten Interessen der Konsumenten und Produzenten geradezu die Lebensunfähigkeit der funktionellen Verfassungsform behauptet, erklärt Weil, daß Kommune und Gilde »gar keine wirklichen widerstreitenden Interessen haben«<sup>13)</sup>! Kein Wunder, daß ihm darum alle wesentlichen Folgerungen, die wir aus dem funktionellen Aufbau unserer angenommenen sozialistischen Wirtschaft gezogen haben, auf bloßer »Einbildung«<sup>14)</sup>, auf einer »merkwürdigen Wahnvorstellung«<sup>15)</sup>, auf einer »mystischen Kraft«<sup>16)</sup>, die wir dieser Organisationsform zuschreiben, zu beruhen scheinen! Die Erklärung für dieses weitgehende Versagen der kritischen Bemühungen Weils ist jedoch ziemlich offensichtlich. Es ist ihm das Mißgeschick widerfahren, zwei Termini, die als Angelpunkte für unseren Gedankengang dienen, falsch zu deuten: Die von uns angenommene Verfassung der Gesellschaft bezeichneten wir als eine »funktionelle«; und für die sozialistische Wirtschaft dieser funktionell organisierten Gesellschaft nahmen wir ein genau umschriebenes System von »Festpreisen«, d. h. rechtlich festgesetzten und von »Vereinbarungspreisen«, d. h. vereinbarten Preisen an. Auf dieser letzteren, übrigens allgemein geläufigen Entgegensetzung beruht also die Beschreibung der von uns angenommenen Wirtschaft. Weil mißdeutete<sup>17)</sup> nun diese Vereinbarungspreise als eine Abart von Festpreisen und las über diese grundlegende Unterscheidung folgerichtig hinweg. Ähnliches widerfuhr ihm mit dem Zentralbegriff unserer

<sup>13)</sup> Anm. 29.

<sup>14)</sup> S. 213.

<sup>15)</sup> S. 212.

<sup>16)</sup> S. 212.

<sup>17)</sup> Am klarsten: »Festsetzung« oder »Vereinbarung« von Preisen (S. 210 und S. 215, auch S. 201, Anm. 29 und Teil III. B. der Weilschen Kritik,

Arbeit, dem Terminus »funktionell«. Er identifiziert durchgängig »funktionell = gildensozialistische«<sup>18)</sup>. Daher auch der Titel seiner kritischen Schrift: »Gildensozialistische Rechnungslegung«. Nun beruht zwar unsere Arbeit auf der Annahme einer gilden-sozialistisch zusammengefaßten Produktion, jedoch im Rahmen einer funktionell organisierten Gesellschaft. Aus der funktionellen Organisation der Gesellschaft aber, nicht aus der gildensozialistischen Zusammenfassung der Produktion, leiten wir unsere Gedankengänge ab! Weil setzt nun, wie gesagt, den Terminus funktionell, dessen Bedeutung in der neueren sozialistischen Literatur ihm offenbar unbekannt geblieben war, mit dem Terminus »gildensozialistische« gleich. An dieser entscheidenden Mißdeutung mußten seine redlichen Bemühungen unsere Arbeit zu verstehen, zwangsläufig scheitern<sup>19)</sup>. Unser ganzer Gedankengang mußte ihm als ein Chaos von Widersprüchen vorkommen. Diese »Widersprüche«<sup>20)</sup> finden aber ihre natürliche Auflösung, wenn unter Ver-

<sup>18)</sup> Weil setzt »funktionell = gildensozialistische« (S. 201, 202, 212 et passim). Es genügt hiegegen darauf hinzuweisen, daß die Schöpfer der Gildenbewegung, wie A. J. Penty, A. R. Orage die funktionalistische Gesellschaftstheorie ablehnen, ähnlich, wenn auch weniger bestimmt, die Gildensozialisten W. Mellor und S. Taylor, unter den Gegnern des Gildensozialismus hinwieder auch Anhänger der funktionellen Theorie anzutreffen sind (siehe Anm. 9). »Funktionell« und »gildensozialistische« stellen überdies Begriffe verschiedener Ordnung dar. Weil scheint nun »Funktion« mit »Berufe« zu verwechseln und unter funktionellen Verbänden »Berufsverbände« d. h. Gewerkschaften zu verstehen! So bezeichnet er an einer Stelle (Anm. 15) die Gewerkschaften als die »funktionellen« Organe in Rußland, im Gegensatz zu den Sowjets, als der »zentralen Verwaltung«. Von einem funktionellen Verband in einer Gesellschaft zu sprechen, ist aber ebenso verkehrt wie von einer Hälfte eines symmetrischen Körpers zu behaupten, daß diese symmetrisch sei, die andere Hälfte nicht. Siehe übrigens die Ausführungen Weils über »die richtig verstandene funktionelle Wirtschaft« (S. 203), wo Weil gelegentlich die Konsumenten »durch den Trust, dem sie als Produzierende angehören« versorgen lassen und sie dann durch diesen selben Trust »vertreten« lassen will (S. 6). Das wäre nun selbstredend das genaue Gegenteil einer funktionellen Vertretung.

<sup>19)</sup> Im Teile III. B. gibt z. B. Weil unsere Annahmen also wieder: »Die »Uebereinkunft« der beiden Hauptverbände (S. 405) setzt also »Preise« fest, d. h. beschließt mit der durch die Geschäftsordnung vorgeschriebenen Majorität »Ziffern« für jede Art von Produktion.« Daß, im Gegenteil, die Hauptverbände nur den Grundlohn und gewisse Rohstoffpreise festsetzen, im übrigen für jede Art der Produktion ein zwischen Konsument und Produzent frei vereinbarter Preis (Vereinbarungspreis) gilt, hat Weil nicht verstanden. Und so fort.

<sup>20)</sup> Allerdings haben wir an einer Stelle im Texte (S. 413), aus einer älteren Fassung versehentlich den Ausdruck »Uebergangswirtschaft« statt »Wirtschaft« stehen lassen. »Sozialpolitische« statt »sozialistische« auf S. 420 stellt aber, wie aus dem Zusammenhang offenkundig hervorgeht, einen bloßen Druckfehler dar.

einbarungspreisen nicht ihr Gegenteil verstanden wird, sowie, wenn die produktionsorganisatorische Vorstellung einer gildenmäßig zusammengefaßten Produktion durch den ganz anders gearteten Begriff einer funktionellen Verfassungsform der Gesellschaft ersetzt wird <sup>21)</sup>).

Bloß zufällig konnten sich unter dieser Verumständerung sachliche Berührungspunkte zwischen Weils kritischen Bemerkungen und unserem Gedankengang ergeben. Wir haben nur einen angetroffen, und zwar wo Weil die Bestimmung der quasi-sozialen Kosten für undurchführbar erklärt, weil hiezu von den neuen Produktionskosten eine »völlig imaginäre Größe subtrahiert werden müßte, nämlich diejenigen Kosten, welche entstanden sein würden, wenn infolge Unterbleibens der fraglichen Einwirkung des sozialen Rechtes, z. B. dieses bestimmte Produkt überhaupt nicht, sondern an seiner Stelle ein anderes produziert worden wäre <sup>22)</sup>«. Diese Bemerkung ist insofern zutreffend, als die Kosten der Einwirkung des sozialen Rechtes in bestimmten Grenzfällen, nämlich wo diese Einwirkungen ganz neue, d. h. mit den bisherigen unvergleichbare Produktionsbedingungen schaffen würden, konjunktural werden müßten, d. h. ihre errechnete Summe innerhalb angegebener Grenzen schwanken müßte. Für die Wirtschaft einer funktionellen Gesellschaft würde nun ein derartiger Grenzfall den Uebergang zu einer dynamischen Erscheinung darstellen, die den »Uebergang von Kostengruppen ineinander« zur Folge hätte <sup>23)</sup>. In der Dynamik müssen nämlich gewisse »soziale Kosten« immer wieder zu »natürlichen Kosten« werden und zwar geschieht das in der Regel sobald diese sozialen Kosten zu den allgemeinen Produktionsbedingungen der Gesellschaft geworden sind. Der Gürtel von Eingriffen in die Wirtschaft verdichtet sich in diesem Fall zum Rahmen der Wirtschaft und damit werden die, durch diese Eingriffe verursachten Kosten aus Eingriffskosten zu Rahmenkosten und dürfen nicht mehr als soziale, sie müssen als natürliche Kosten gedeutet werden. Die Rechnungslegung über diesen Uebergang bildet dann die Rechnungslegung über die Dynamik der Wirtschaft, ohne die eine ziffernmäßige Uebersicht über längere Perioden grundsätzlich nicht möglich wäre. In der von uns angenommenen funktionellen Gesellschaft würde der Uebergang einer »sozialen« Kostengruppe in eine »natürliche« fallweise durch die Uebereinkunft von Kommune und Produktionsverband festgestellt werden. Der Einwand Weils beruht somit auf einer dynamischen Erscheinung, die wir in unserem statischen Bilde unberücksichtigt

<sup>21)</sup> Daß Weil diese Verfassungsform nicht kennt, beweist er auch, indem er in Anm. 2 uns die Schaffung des Terminus »Kommune« zuschreibt, wiewohl die Bekanntschaft mit den bloßen Kapitelüberschriften von Coles »Guildsocialism re-stated«, London 1920, genügt haben müßte, um ihn vor diesem Irrtum zu bewahren.

<sup>22)</sup> Vgl. a. a. O. S. 209.

<sup>23)</sup> Vgl. unsere Schrift Anm. 24.

lassen mußten und andeutungsweise in eine Anmerkung verlegten, die Weil allerdings gleichfalls mißverstanden<sup>24)</sup>.

---

<sup>24)</sup> Vgl. Weil a. a. O. S. 209, 210. Die »rechnerische Bestimmung der Größen »natürliche« und »soziale« Kosten bildet für uns allerdings »kein Problem«, da wir grundsätzlich am Kostenprinzip festhalten und das Wertprinzip (im Sinne der subjektiven Schule), durch den funktionell organisierten »Markt« hindurch wirken lassen. Weil wirft uns auch vor, das Problem der Summierbarkeit der Kostenelemente zu übersehen, obwohl wir vermeinten, dieses Problem in strenger Form als erste aufgeworfen zu haben, und es jedenfalls sehr ausführlich erörtern. Allerdings geht Weil sowohl über diese, wie über die ebenso wesentliche Analyse des Produktivitätsbegriffes mit einem Witz oder einer nichtssagenden Andeutung hinweg (a. a. O. Anm. 22 und S. 207).

## The Functionalist Theory of Society and the Problem of Socialist Economic Calculability

(A rejoinder to Professor L. von Mises and Dr. Felix Weil)

[This article originally appeared in *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Vol. LII, 1924, pp. 218-227. Translated by Kari Polanyi-Levitt.]

Our essay on *Socialist Economic Calculability*<sup>1</sup> has been subjected to critiques from several sides - some more, some less incisive.<sup>2</sup> As an introduction to this short note of response, we briefly summarize our position with respect to the ongoing discussion of the problem of socialist economic calculability.

The significance of the problem for socialist economies has now become generally acknowledged.<sup>3</sup> There are basically three contending groups of viewpoints - two of which represent the traditional contradiction between market and non-market economy,<sup>4</sup> while the third position, which is not so well defined, takes its point of departure from reasoning independent of the traditional dichotomy. The advocates of this third position are less numerous to be sure; we refer to them as representatives of positive socialist theories.

As regards the two major contending groups, there is agreement concerning the problematic. Both sides identify the contradiction between market and non-market economy with the contradiction between capitalism and socialism, and both sides accept a definition of socialist economy in its collectivist and state-socialist sense, which, moreover, is assumed to be a non-exchange, non-market command economy. However hotly the contending positions are debated by their respective advocates, both sides to the dispute make common front against the more recently constituted third group in this debate. The latter includes the pioneers of functional (pluralistic) socialism in England, particularly the advocates of functional guild socialism and embraces also socialist theoreticians who share the orientation of E. Heimann and J. Marschak.<sup>5, 5a</sup>

Our own writing originated in a challenge to the two conventional positions and should be interpreted as an attempt to respond to the need to create a positive socialist theory of economics (*Wirtschaftslehre*) as distinct from what, in our view, is a somewhat state scholastic debate between orthodox Marxists and their "bourgeois" enemies.<sup>6</sup>

Thus, to the meat of the matter. The acknowledgment of the need to create a "positive socialist economics" implies the admission that such a body of knowledge does not, as yet, exist. Our article addressed itself in detail to the articulation of an appropriate methodology, for the treatment of the problem of economic calculability in a socialist economy. We have consciously and deliberately selected definitions and related postulates in a fashion which permits the development of a positive theory of the economics of socialism.

Specifically, we are concerned with three aspects. Firstly, with respect to the definition of socialist economy; secondly, with respect to the mutual relationship between the legal and the economic order; and ultimately with the mechanisms which drive the economy. Our conception

of a socialist economy is one which conceives of the organizations of communal economic activity, in the widest sense of the term, as autonomous. The realization of two central requirements - the advancement of maximal productivity on the one hand, and of the rule of social justice on the other, (as manifested in the distribution of the product and in the social orientation of the direction of production) - constitutes the essence of our concept of a socialist economy.<sup>7</sup>

We approach the concepts of law and economy in the same spirit: not statically, as two manifestations of the social - economic base, (property relations = relations of production), but dynamically as two relatively independent determinants of social reality. In this manner we are able to distinguish between circumstantial and directly interventionist effects of legal property relations on the economy, a distinction which escapes the conventional alternatives of the planned command economy versus the free market economy.<sup>8</sup>

Finally, we formulate the problem of the divorce between "natural" and "social" costs of the product<sup>9</sup> in terms of an analysis of "holistic economic will" (einheitlicher Wirtschaftswillen) respecting motivation and clarify the relationship between the inner organization of economic actors with the behaviour of economic groups.

All of this is but a starting point toward the construction of a positive theory of socialist economics. It is, however, not difficult to establish the fact that our approach to definitions and postulates of is crucial if we seek to construct such a body of systematic knowledge. The English functionalists proceeded in similar fashion to overcome the supposedly inherent contradiction between collectivism and syndicalism.<sup>10</sup> In our previous work we attempted to explain that our definitions and assumptions can bear fruit only in the intellectual soil of a functionalist approach to society.<sup>11</sup> In summary, our attempted solution depends on the dual premise that the contradiction "market versus non-market economy" is not a useful point of departure for a theory of the economy and that the contradiction "collectivism versus syndicalism" does not necessarily represent meaningful alternatives for a theory of organization of a socialist economy.

In his critique, Mises went to the heart of the matter in an attack on the functionalist position: "Between syndicalism and socialism there can be no compromise and no reconciliation," says Mises. (Socialism in this context is to be understood as collectivist centralized socialism). The error of our model, according to Mises lies in the indeterminacy with which it seeks to evade "the key issue: syndicalism or socialism". In particular, Mises questions our propositions regarding a constitutional structure which places joint direction of society in the hands of two functionally defined constituent bodies - one representing producers, the other consumers. Mises offers the following proof for his objection to our model:

He quotes from our article: "Functional representative associations of one and the same set of people can never result in an insoluble conflict between them - this is the basic tenet of all functionalist constitutional models". He elaborates: "The basic tenet of the functionalist constitutional model is flawed. If, as is implicitly assumed by Polanyi's and all other similar models, the parliament of consumers is constituted with one vote for each individual, while the

parliament of production enterprises proceeds by means of a different logic of choice, there can most certainly be conflict between them. In the event that neither the organized consumers (Kommune) nor the congress of producers associations is vested with the power of ultimate decision to resolve the conflict, the system is not viable. If ultimate decisions rest with the organized consumers, we have a model of a centralized command economy - which Polanyi rejects as incapable of undertaking rational economic allocation. If final decision making powers are vested in a Congress of Producers, we have the syndicalist model."

This line of argument would indeed be convincing if the implicit starting point on which it is predicated were valid. It is, however, invalid. Mises' initial point of departure would have to be that "the constitutional model cannot be operational unless ultimate decision powers are vested in one or the other of the two constitutionally recognized associations." There is no lack of evidence, however, that in the overwhelming number of systems which are acknowledged to be perfectly viable, the opposite is true: the final decision is effected with input from at least two sets of economic actors.

The erroneous conclusion drawn by Mises is explained by the fact that he has failed to distinguish between the two meanings of the words "constitutional form" (Verfassungsform), one relating to the societal power relations (Machtverhältnis), the other to mutually recognized societal relations (Anerkennungsverhältnis). Only in the first sense of the word, i.e. as a societal power relationship is it true that in order for a society to be viable, there is need for a supreme political directorate which can decide an issue in favour of one or the other contending parties to a dispute. If we consider constitutionality in the second sense of the word, i.e. as a relationship of two associated groups with mutually recognized rights and interests, matters are very different. Because Mises does not make this distinction, he erroneously concludes that a constitutional order cannot be viable unless decision making powers are vested in one of the contending groups. Mises' error is perhaps veiled in the ambiguity of the words "final decision", insofar as the adjective "final" may mean ultimate in the sense of the power relations which lie behind the interest groups or it may refer to the (???)

But even an erroneous line of reasoning may reveal a pertinent objection to an argument. For this reason, we will attempt to address Mises' critique after we have briefly dealt with the problem of the teleological necessity of an ultimate court of decision both in the constitutional sense of power relations, and in the societal sense of the resolution of conflict between recognized interest groups.

In pure power relations, a conflict between two parties can only be resolved by the permanent superiority of one party over the other. In this case, the outcome will indeed be determined by one of the two parties. In the case of equal or changeable relative strength of the two parties, there can be no solution by means of power relations: the settlement of the conflict on the basis of power relations remains elusive. Insofar as a conflict is in fact resolved in such a case, it can only be by reference to mutual recognition by both parties of their social interdependence (e.g. by drafting a constitution, or by law, or custom, etc.). It is possible even in this case - albeit more in appearance than reality - that the outcome is imposed (as in the case of taking turns or

decision by draw). This, however, is likely to be the exception rather than the rule. In the general case the parties have the duty to reach an accord, which is mutually respected and which secures the settlement against possible re-emerging conflict. The relative strength of the parties will determine the range in which a compromise is struck. This, however, is qualitatively different from the case of decision by a power above the constitution which suspends and displaces the social contract between the parties. The identification of the relatively stronger position (Ubergewicht) of one of the two parties with decision by a politically superior power (Ubermacht) is an error.

The position of Mises should thus be reformulated as follows: "The permanent superiority of consumers associations over a congress of producers, (or the reverse), excludes the mutual recognition of the interests of the two groups; in this case, their relationship must remain in of pure power which can only be viable in the event that final decisions rest with one or the other association. Ergo: collectivism or syndicalism."

To bring evidence of his objection to our thesis, Mises would have to explain which of these two organized interest groups would capture permanent power within the system. (As explained above, a stable solution would require the permanent superiority of one or another party, insofar as rise and fall from supremacy of one or the other party would require precisely the kind of mutual recognition of their interests which we have demonstrated). Mises cannot evade the question, insofar as he cannot prove, a priori, that either one or the other of these functionally based associations are likely to gain permanent superiority.

The question has no a priori answer. Man as producer and man consumer represent two aspects of human motivation which are determined by a single life process - the economic activity of the individual. The interests which arise from these motives thus, manifest themselves fundamentally in equal measure. Insofar as associations of citizens and consumers and associations of producers represent complimentary aspects of human economic activity, they are fundamentally equal in relationship one with the other. A tendency toward the stronger assertion of one organized interest group over the other is as likely as would be the case for an individual. In the event of such an imbalance, there will be a tendency to a corrective counter movement toward equilibrium. The functional principle will tend towards the institution of the mutual recognition of two organized interest groups and constitutes our response to Mises' contestation of our thesis.<sup>12</sup>

We note that we have never stated that there could not be conflict between associations of consumers (kommune) and producers. Such conflicts are an essential dynamic life force of a functionally organized socialist society. In place of conflicts between groups of individualistic opposing interests, such as is the case in a class society, socialism permits conflict between variously constituted aspects of the same body of individuals which animate the society (Bewegungsprinzip) and the economy. Not only because choices are ordered differently by individuals, as argued by Mises, but precisely because the functional organizational model facilitates conflict between functional associations, there is movement within society. What we maintain, in opposition to Mises is that those conflicts are never irreconcilable because the



transparency (Durchsichtigkeit) of conflict between functional organizations representing different interests of the same set of individuals ensure that a solution must be possible, just as is the case with respect to contending interests within a single individual. Through their representatives individuals are faced with the task of confronting themselves. The inevitability of reconciliation within a functionally organized socialist society is, thus, based on the physical and psychic unity within the individual and requires no further proof.

In order to prove that such a confrontation could not occur, Mises would have had to turn his argument against the functional model of social organization. He would have had to prove that functional representation by association is ineffective in articulating the interests of individuals as consumers and producers, or that the functional democratic model is not sufficiently transparent (Durchsichtig) to enable individuals to recognize that they have interests both as consumers and as producers. Mises did not assert either of these arguments, not to speak of proving them.

While Mises emphasizes conflict between the interests of individuals as producers and consumers, and thus validates the viability of the model, Weil asserts that consumers and producers (Kommune und Gilde) have no conflicting interests at all.<sup>13</sup> Small wonder then that our model, built as functionalist approach to socialist economy appears to him as "mere imagination"<sup>14</sup> and a "curious fantasy"<sup>15</sup> of "mystical powers"<sup>16</sup> to the organizations of consumers and producers. We need not look very far to discover the sources of Weil's lack of comprehension. It is his misfortune to have misunderstood the two key concepts of our system. Our model designates the constitutional design of society as a "functionalist" one. With respect to a socialist economy, we specifically posit a set of fixed prices (Festpreise) and a set of negotiated prices (Vereinbarungspreise). It is to the latter that our model addresses itself. Weil has misinterpreted these negotiated prices<sup>17</sup> as a type of fixed price and has ignored the fundamental nature of the difference. He has similarly misunderstood the term "functional". He identifies "functional" with "guild socialist"<sup>18</sup> which explains the title of his critique "Guild Socialist Accountancy". Although our work assumes a guild socialist organization of production, we have set this within the framework of a functional organization of society. Our principal propositions, however, proceed from the functional organization of society and not from the guild socialist model of production.

Weil has combined the term "functional", whose meaning within the recent socialist literature is evidently not familiar to him, with the term "guild socialist". This crucial error dooms his efforts to understand our work to failure.<sup>19</sup> One entire line of argument thus appears to him as a chaos of contradictions. These contradictions<sup>20</sup> are easily resolved if one does not misinterpret negotiated prices (Vereinbarungspreise) to mean their opposite, and confuse the organizational model of guild-like associations of producers with the very different concept of a functional constitutional model of society.<sup>21</sup>

Any meeting of minds between Weil's critical comments and our line of argument could only be coincidental. We have found only one such instance, where Weil suggests that the determination of quasi-social costs is not feasible because it is necessary to subtract from the

new costs of production "an imaginary quantity, i.e. those costs which would be incurred in the event of a discontinuation of a particular product and its substitution by another product."<sup>22</sup> These comments are pertinent insofar that, in marginal cases, such as the costs of a new process, there may be a range of indeterminacy.<sup>23</sup> This is a dynamic phenomenon, whereby "social costs" eventually become "natural costs". Indeed, this is so as a rule, and takes us into the area of accountancy of a dynamic economy. In our functional societal model, the transition from "social" to "natural" costs would have to be determined by agreement between the organizations of consumers and producers. The objection raised by Weil relates to a dynamic phenomenon which we could not address in our static treatment.

## NOTES

1. Karl Polanyi, "Sozialistische Rechnungslegung," *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Vol. 49, 2, pp. 377-420.

2. Cf. L. Mises, "Neue Beiträge zum Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung," *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Vol. 51, 2, p. 410 ff. O. Leichter, "Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft," *Marx-Studien*, Vol. V, I, 23, pp. 77-79. F. Weil, "Gildensozialistische Rechnungslegung. Kritische Bemerkungen zu Karl Polanyi's 'Sozialistischer Rechnungslegung'", *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Vol. 52, I.

3. Weil is alone in his contention that in a socialist economy this problem is either non-existent or of marginal significance. He cites Marx in evidence. But he is wrong in so doing, as shown by the following passage from *Kapital*, Vol. III, p. 338: "After the demise of the capitalist mode of production, the problems of value will continue to rule the process of social production insofar as the measurement of labour time and the division of labour among productive activities will require a system of accounting (Buchführung) which will be more important than ever." (Our translation - K.L.) The statement that the problem of accountancy constitutes the keystone of the socialist economic problem is, incidentally, attributable to Lenin. It is well known that Lenin asserted this in the context of a debate on Soviet Russia in 1920.

4. Among the critics of our work, Mises represents the first group, Weil the last.

5. J. Marschak, *Wirtschaftsrechnung und Gemeinwirtschaft* with Mises' "These von der Unmöglichkeit sozialistischer Gemeinwirtschaft," *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Vol. 51, 2, p. 501 ff.

5a. Cf. the interesting book of E. Heimann *Mehrwert und Gemeinwirtschaft. Kritische und positive Beiträge zur Theorie des Sozialismus* (Berlin: 1922), pp. 120, 140, 164 and passim. The work of the English functionalists were not available to Heimann in original form, which no doubt explains why Heimann misunderstood the essence of those social theories. (Cf. G.D.H. Cole's *Guild Socialism Re-Stated* [London: 1920] and particularly *Social Theory* [London 1920].)... Our position in a general sense is in accord with Heimann's insofar as we do not interpret "vollkommene Gemeinwirtschaft" as a systematically ordered set of needs ("gesetzten Ordnung systematisch orientierten Bedarfsdeckung") in the sense of Max Weber, but in the

functionalist sense as the free play of functionally based associations of individuals. Cf. Heimann, "Über gemeinwirtschaftliche Preisbildung," *Koln. Vierteljahresch.*, Vol. I, 2, p.71.

6. Cf. our work, pp. 380-382.

7. Compare with Weil's definition: "By socialism we understand a social order which (according to Marx and Engels) is historically progressive, (Note 9)

8. Cf. Webbs "Policy of the National Minimum," *A Constitution for the Socialist Commonwealth of Great Britain* (London: 1920), p. 10.

9. Weil imagines that this resembles Duhring's "Verteilungswirt." This is erroneous. Duhring's "Verteilungswirt" represents a monopoly price based on the power of ownership, as in the case of Duhring's landlord (Grossgrundbesitz). Weil fails to bring proof of his assertion.

10. S. and B. Webb, definitely opponents of guild socialism claim that British Socialism has already adopted a functionalist approach. The work of the Webbs was inevitably unsuccessful in reconciling their collectivist tendencies with the functionalist principle.

11. *Op. cit.*, pp. 413-420.

12. Mises has found our formulation lacking in clarity. We quote: "The association of citizens as consumers (Kommune) are the owners of the means of production: the right to dispose (Verfügungsrecht) is not however that of the Kommune but that of the associations of producers." Mises claims that the central question: "socialism or syndicalism", is here evaded. Mises position is then: "property is the right to dispose. If that right is accorded to organized producers and not to organized consumers, then the producers are the effective owners and we have a syndicalist model." (49) But ownership is not only the right to dispose, it is also the right to appropriate (Aneignungsrecht). Insofar as the Kommune is the owner of the means of production, it has both the right to appropriate the product, as also the right to dispose of the means of production. Both of these are exercised as social rights, within the framework of the economic order.

13. Footnote 29.

14. p. 213.

15. p. 212.

16. p. 212.

17. Clearest in "Festsetzung" or "Vereinbarung von Preisen" pp. 210 and 215 and 201, footnote 29 and Part III, B and Weil's critique.

18. Weil equates functional with guild socialism. We draw attention to the fact that the founders of the guild movement, A.J. Penty and A.R. Orage, did not accept functionalist social theory. Similarly, although not without ambiguity, the guild socialists W. Mellor and S. Taylor have been considered adherents of functional theory by their opponents. "Functionalist" and "guild socialist" have several meanings. Weil has confused "function" with "profession" and has interpreted functional associations as professional associations, i.e. trade unions. Thus he refers to trade unions as the "functional" organs in Russia, in contradistinction to the Soviets which he considers as "central administrators." To refer to one functional association in a society is as wrong as to maintain that one half of a symmetrical body is considered to be symmetric while the other half is not. Reference is to Weil's discourse on "the functional economy", where Weil suggests that consumers are served "by the 'Trust" to which they belong as producers" and are "represented" by the same 'Trust. This would, of course, be the exact opposite of functional representation.

19. Weil summarizes our argument as follows: "The agreement (Ubereinkunft) between the two principal associations determines prices, i.e. determines the figures (Ziffern) for each and every type of product." In our model, only wages and select raw material prices are pre-determined, while all prices of all other products are freely determined between consumers and producers (Vereinbarungspreis). Weil has failed to comprehend this.

20. (Omitted as trivial).

21. Weil reveals his lack of familiarity with the functionalist model insofar as he credits us with the creation of the term "Kommune," whereas even a passing acquaintance with Cole's *Guild Socialism Re-Stated* would have sufficed to save him from this error.

22. Cf. *op. cit.*, p. 209.

23. Cf. our writing, footnote 24.

24. Cf. Weil, pp. 209, 210. The calculability of "natural" and "social" costs does not constitute a problem for us, insofar as we base our system on costs, leaving value, in the utility sense of the word, to the operation of the organized "market". Weil charges us with failure to deal with the problem of additivity of costs, whereas we have addressed ourselves from the start, precisely to the problem of costs, in considerable detail. Weil, for his part, discusses this problem, and the equally important analysis of the concept of productivity, with an offhand remark or two.

by Karl Polanyi  
[1985] Lou.H

SOME NOTES ON AN ARTICLE BY KARL POLANYI ON  
SOCIALIST CALCULABILITY (ACCOUNTANCY), 1924

The appended version of the rejoinder by Polanyi to a critique by L. von Mises and Dr. F. Weil of his previous article entitled "Sozialistische Rechnungslegung" (Socialist Economic Accounting) published in the leading German language learned journal Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, (Vienna, 1922), is as carefully translated as was possible, given my knowledge of the German language, and the inevitable time constraints. The original German version is available and I very much welcome correction and improvement of the translation. (Kurt - please???) The critique by von Mises of Polanyi's article of 1922 was published in the same journal under the title "Some recent contributions to the problem of socialist economic calculability" (Vol. 51, 1923), while that by Dr. F. Weil was entitled "Guild socialist Accountancy" (Vol. 52, 1924).

Margie and I have undertaken to produce a thematic treatment of the social philosophy of Karl Polanyi, as drawn from the totality of his writing, and placed within the context of events and the debates in which he participated. The present note is written in haste and inadequately attempts to indicate something of the context which informs the translated piece.

In the 1920s Ludwig von Mises inherited the mantle of principal guru of the so-called Austrian School of Economics, founded by Menger, Wiesen and Böhm-Bawerk. As professor of economics at the (then) prestigious University of Vienna he vulgarized the teachings of the founders of that school, and set it on an ideological course associated with the advocacy of

liberal free enterprise capitalism. His favoured pupil -  
Frederich v. Hayek, who succeeded him as Professor of Economics  
at the University of Vienna and subsequently was brought to the  
London School of Economics and later migrated to the University  
of Chicago - has been faithful to his master and mentor in this  
regard. The Austrian School is now (falsely) regarded as one  
pillar of the intellectual foundation of the ideology of the  
liberal-economic political right. Chicago has long been a  
transmission station for the transfer of ideology emanating from  
the German-speaking world. In this case continuity runs from  
Hayek to Friedman. For his contribution to the ideological  
foundation of neo-liberalism, Hayek was recently rewarded with a  
Nobel prize in economics.

In fact, Menger, Wieser<sup>✓</sup> and Böhm-Bawerk were in no way  
advocates of free enterprise capitalism, and their insights into  
the functioning of a complex economy could have been a point of  
departure for the construction of a <sup>positive</sup>~~possible~~ theory of a planned  
socialist economy rather than an apologia for liberal capitalism.  
We note in passing that the intellectual roots of the  
interventionist approach to development planning of  
underdeveloped regions of the 1950s as elaborated by P.  
Rosenstein-Rodan (of Vienna) are firmly based in the Austrian  
School of economics. [See Rosenstein-Rodan and S. A<sup>✓</sup>ramoric in  
Pioneers in Development, 1984.] The theoretic framework  
underlying the work of J. Schumpeter also derives from the  
Austrian School.

The intellectual dishonesty practised by Hayek and Robbins  
in the late 1930s regarding Menger's work was noticed by Polanyi

in England in the 1930s. In a little known article written in 1958 and published posthumously in an anthropological anthology in 1971, Polanyi reminds us that Karl Menger was neither an advocate of free market capitalism, nor was he satisfied with his early work on principles of economics - the only Menger text available in the English language to this day. It appears that Professor Hayek in collaboration with the son of Menger, and with Lionel Robbins, who edited the L.S.E. Reprint Series in the late 1930s, suppressed the second edition of Menger's principles, (which Menger had laboured on for twenty years), in favour of the original edition which Menger had explicitly disowned. In the second (as yet untranslated) edition, Menger roots his theory of economics in a societal context and qualitatively changes the emphasis of his approach to economic analysis from purely "formal" to a more "substantive" one, to use Polanyi's terminology. (The "substantive" approach addresses itself to man's needs.) Hayek and Robbins deliberately chose to translate and popularize the first edition of Menger and Robbins' summary of economics as "the allocation of scarce resources among alternative uses", (as in the Nature and Significance of Economics), has become the generally accepted definition of the subject matter of economics.

An unpublished monograph length manuscript by Felix Schaffer of the University of Wellington(?), N.Z. is invaluable in its detailed account of Polanyi's careful reading of the work of the Austrian economists in the period 1924-1930 and the development of his work on "socialist accountancy". Schaffer prepared a

doctorate in economics at the University of Vienna and benefitted from years of personal study with Polanyi. He was a member of a small seminar which Polanyi started at the premises of the Social Democratic Party of Austria in 1924, which soon moved to his apartment. Schaffer records Polanyi's interest at that time in "the two meanings of economic" contained in the writings of Menger. (Polanyi, 1971) The manuscript is also crucially important in documenting the precise passages of Marx's Capital and Theories of Surplus Value which were so influential in Polanyi's thought (and explains the origin of Polanyi's "fictitious commodities" as directly derivative of Marx's treatment of commodity fetishism in Capital, Vol. I.)

The Austrian School, based as it was in the notion of labour and nature as the two fundamental and ultimate economic resources which give rise to the creation of man-made goods of increasing orders of complexity in a dynamic sequence of ever changing combinations, was an intellectual construct which enriched socialist thought in the 1920s and the 1930s. Polanyi's contribution to the debate concerning the feasibility of a socialist model of economic organization was of no great significance per se and would not merit extended treatment, were it not for the fact that it provides us with valuable insight into his lifelong search for a theory of social economy which would free man from the dictates of invisible market forces without imposing an oppressive centralized bureaucratic form of socialism.

Polanyi became acquainted with the work of Menger and Böhm-Bahwerk after he moved from Budapest to Vienna in 1920. Their



work was exciting and new. The second edition of Menger's Principles appeared posthumously in 1924. Böhm-Bawerk's Positive Theory of Capital appeared in 1927. The most hotly contested subject of debate among students of economics at the time concerned the feasibility of a functioning socialist economy. It should be remembered that socialism, in any form, was, at that time, more a dream than a reality. The Russian revolution was a very recent event and its fate was by no means assured. The civil war had reduced the Russian economy to a shambles, and the revolutions in Central Europe had all been defeated. ~~We note that prominent Austro-Marxists (e.g. Max Adler) also [shared?] formation with input from the Austrian economists and Marx.~~

In an atmosphere of political ferment and increasing social and class conflict, as unemployment mounted to unprecedented levels in post-war Vienna, Professor Mises launched an intellectual attack on socialism from the platform of the classroom. In his book Die Gemeinschaft, published in 1922, he declared that "there can be no economic activity under socialism, because economic calculation is impossible without the mechanism of the market, and without calculation economic activity is impossible. Without the striving of entrepreneurs and shareholders for profit, of landlords for rent, of capitalists for interest and labourers for wages, the successful functioning of the whole mechanism is not to be thought of. It is only the prospect of profit which directs production into those channels in which the demands of the consumers are best satisfied."

Absurd as this may seem to us 60 years later, Mises' argument appeared impressive at the time. Polanyi's essay of 1922 was a refutation of Mises, an early version of the better known models of Lange and Barone, with significant differences.

The differences are ultimately more important and Polanyi's technical difficulties with the specification of a functionalist model of a socialist economy are ultimately less interesting than the social philosophy which lies behind the model. Here we provisionally identify the following themes:

- 1) The rejection of market relations as unfree (<sup>unfrei</sup>) in the sense of lacking "transparency". This directly derives from Marx, who explained, more clearly than anybody before or since, that capitalist relations of production are alienating in the sense that the human relations, which lie behind production and consumption, appear as the impersonal exchange of things ("commodity fetishism"). In a market economy man is "unfree".
- 2) The rejection of the centralized "collectivist" model of socialism (so-called command economy) as undesirable. Polanyi favoured a "syndicalist" organization of socialist society; thus, his admiration for Cole's Guild Socialism, and his bias toward the "view from below".
- 3) The desire to construct a <sup>constructive</sup> positive theory of a socialist society, where the abolition of class antagonisms would open the way for the exercise of a measure of free will and social responsibility by citizens in their several capacities, principally as members of the community and consumers on the one hand, and workers (producers) on the other. Underlying this perspective was a regard for the sanctity of the individual,

rooted in a humanistic, anti-clerical, Christian philosophy, which led him to reject economic liberalism as oppressive, likewise to reject, from early, mechanistic and economistic versions of orthodox Marxism, political organization which substitutes the rule of the state or hegemonic (Vanguard) party over citizens and workers.

**Calcul Economique Socialiste  
et Autres Écrits Monétaires**

**Cahiers Monnaie et Financement  
n° 22**

Philippe ADAIR

Gilles JACOUD

Karl POLANYI

Thomas MUN

Ludwig VON MISES

Félix WEIL

*Centre de Recherche Monnaie-Finance-Banque  
Université Lumière-Lyon 2*

# THE FUNCTIONALIST THEORY OF SOCIETY AND THE PROBLEM OF SOCIALIST ECONOMIC CALCULABILITY

*Réponse à Ludwig Von Mises et Félix Weil*

*par Karl POLANYI\**

Our essay on *Socialist Economic Calculability*<sup>1</sup> has been subjected to critiques from several sides — some more, some less incisive<sup>2</sup>. As an introduction to this short note of response, we briefly summarize our position with respect to the ongoing discussion of the problem of socialist economic calculability.

The significance of the problem for socialist economies has now become generally acknowledged<sup>3</sup>. There are basically three contending groups of viewpoints — two of which represent the

---

\*"Die funktionelle Theorie der Gesellschaft und das problem der sozialistische Rechnungslegung - Eine Erwiderung an Pr. Mises und Dr. Felix Weil", *Archive fur Socialwissenschaft und Social Politik* (52), 1, pp. 218-228, 1924, traduit par Kari Polanyi-Levitt, *Institut Karl Polanyi d'Economie Politique*, Montréal.

<sup>1</sup>Karl Polanyi, "Sozialistische Rechnungslegung", *Archiv fur Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, vol. 49, 2, pp. 377-420.

<sup>2</sup>Cf. L. Von Mises, "Neue Beitrage zum Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung", *Archiv fur Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, vol. 51, 2, p. 410 ff. O. Leichter, "Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft", *Marx-Studien*, vol. V, 1, 23, pp. 77-79. F. Weil, "Gildensozialistische Rechnungslegung. Kritische Bemerkungen zu Karl Polanyi's Sozialistischer Rechnungslegung", *Archiv fur Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Vol. 52, 1.

<sup>3</sup>Weil is alone in his contention that in a socialist economy this problem is either non-existent or of marginal significance. He cites Marx in evidence. But he is wrong in so doing, as shown by the following passage from *Kapital*, vol. III, p. 388: "After the demise of the capitalist mode of production, the problems of value will continue to rule the process of social production insofar as the measurement of labour time and the division of labour among productive activities will require a *system of accounting (Buchfuhrung)* which will be *more important than ever*" (Our translation -K. L.). The statement that the problem of accountancy constitutes the keystone of the socialist economic problem is, incidentally, attributable to Lenin. It is well known that Lenin asserted this in the context of a debate on Soviet Russia in 1920.

---

traditional contradiction between market and non-market economy<sup>4</sup>, while the third position, which is not so well defined, takes its point of departure from reasoning independent of the traditional dichotomy. The advocates of this third position are less numerous to be sure ; we refer to them as representatives of *positive* socialist theories.

As regard the two major contending groups, there is agreement concerning the problematic. Both sides identify the contradiction between market and non-market economy with the contradiction between capitalism and socialism, and both sides accept a definition of socialist economy in its collectivist and state-socialist sense, which, moreover, is assumed to be a non-exchange, non-market command economy. However hotly the contending positions are debated by their respective advocates, both sides to the dispute make common front against the more recently constituted third group in this debate. The latter includes the pioneers of functional (pluralistic) socialism in England, particularly the advocates of functional guild socialism and embraces also socialist theoreticians who share the orientation of E. Heimann and J. Marschak<sup>5</sup>.

---

<sup>4</sup> Among the critics of our work, Mises represents the first group, Weil the last.

<sup>5</sup> J. Marschak, *Wirtschaftsrechnung und Gemeinwirtschaft* with Mises "These von der Unmöglichkeit sozialistischer Gemeinwirtschaft, *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, vol. 51, 2, p. 501 ff. Cf. the interesting book of E. Heimann *Mehrwert und Gemeinwirtschaft. Kritische und positive Beiträge zur Theorie des Sozialismus* (Berlin : 1922), pp. 120-140-164 and *passim*. The work of the English functionalists were not available to Heimann in original form, which no doubt explains why Heimann misunderstood the essence of those new social theories. (Cf. G. D. H. Cole's *Guild Socialism Re-stated* [London : 1920]) and particularly *Social Theory* [London : 1920]... Our position in a general sense is in accord with Heimann's insofar as we do not interpret "vollkommene Gemeinwirtschaft" as a systematically ordered set of needs ("gesetzten Ordnung systematisch orientierten Bedarfsdeckung") in the sense of Max Weber, but in the functionalist sense as the free play of functionally based associations of individuals. Cf. Heimann, "Über gemeinwirtschaftliche Preisbildung", *Köln. Vierteljahresh.*, vol. 1, 2, p. 71.

---

Our own writing originated in a challenge to the two conventional positions and should be interpreted as an attempt to respond to the need to create a positive socialist theory of economics (*Wirtschaftslehre*) as distinct from what, in our view, is a somewhat stale scholastic debate between orthodox Marxists and their «bourgeois» adversaries<sup>6</sup>.

Thus, to the meat of the matter. The acknowledgement of the need to create a positive socialist economics implies the admission that such a body of knowledge does not, as yet, exist. Our article addressed itself in detail to the articulation of an appropriate methodology for the treatment of the problem of economic calculability in a socialist economy. We have consciously and deliberately selected definitions and related postulates in a fashion which permits the development of a positive theory of the economics of socialism.

Specifically, we are concerned with three aspects. Firstly, with respect to the definition of socialist economy ; secondly, with respect to the mutual relationship between the legal and the economic order ; and ultimately with the mechanisms which drive the economy. Our conception of a socialist economy is one which conceives of the organizations of communal economic activity, in the widest sense of the term, as autonomous. The realization of two central requirements —the advancement of maximal productivity on the one hand, and of the rule of social justice on the other, (as manifested in the distribution of the product and in the social orientation of the direction of production)— constitute the essence of our concept of a socialist economy<sup>7</sup>.

We approach the concepts of law and economy in the same spirit : not statically, as two manifestations of the social-economic base, (property relations : relations of production), but

---

<sup>6</sup>Cf. our work, pp. 380-382.

<sup>7</sup>Compare with Weil's definition : "By socialisme we understand a social order which (according to Marx and Engels) is historically progressive. (Note 9).

dynamically as two relatively independent determinants of social reality. In this manner we are able to distinguish between circumstantial and directly interventionist effects of legal property relations on the economy, a distinction which escapes the conventional alternatives of the planned command economy versus the free market economy<sup>8</sup>.

Finally, we formulate the problem of the divorce between «natural» and «social» costs of the product<sup>9</sup> in terms of an analysis of «hostile economic will» (*einheitlicher Wirtschaftswillen*) respecting motivation ; and clarify the relationship between the inner organization of economic actors and the behaviour of economic groups.

All of this is only a starting point toward the construction of a positive theory of socialist economics. It is, however, not difficult to establish the fact that our approach to definitions and postulates is crucial if we seek to construct such a body of systematic knowledge. The English functionalists proceeded in similar fashion to overcome the supposedly inherent contradiction between collectivism and syndicalism<sup>10</sup>. In our previous work we attempted to explain that our definitions and assumptions can bear fruit only in the *intellectual soil of a functionalist approach to society*<sup>11</sup>. In summary, our attempted solution depends on the dual premise that the contradiction «market versus non-market economy» is not a useful point of departure for a theory of the economy, and that the contradiction

---

<sup>8</sup>Cf. Webbs "Policy of the National Minimum", *A Constitution for the Socialist Commonwealth of Great Britain* (London: 1920), p. 10.

<sup>9</sup>Weil imagines that this resembles Duhring's "*Verteilungswirt*". This is erroneous. Duhring's "*Verteilungswirt*" represents a monopoly price based on the power of ownership, as in the case of Duhring's landlord (*Grossgrundbesitz*). Weil fails to bring proof of his assertion.

<sup>10</sup>S. and B. Webbs definitely opponents of guild socialism claim that British Socialism has already adopted a functionalist approach. The work of the Webbs was inevitably unsuccessful in reconciling their collectivist tendencies with the functionalist principle.

<sup>11</sup>*Op. cit.*, pp. 413-420.



«collectivism versus syndicalism» does not necessarily represent meaningful alternatives for a theory of organization of a socialist economy.

In his critique, Mises went to the heart of the matter in an attack on the functionalist position : «Between syndicalism and socialism there can be no compromise and no reconciliation», says Mises. (Socialism in this context is to be understood as collectivist centralized socialism). The error of our model, according to Mises lies in the indeterminacy with which it seeks to evade «the key issue : syndicalism or socialism». In particular, Mises questions our proposition regarding a constitutional structure which places joint direction of society in the hands of two functionally defined constituent bodies —one representing producers, the other consumers. Mises offers the following proof for his objection to our model.

He quotes from our article : «Functional representative associations of one and the same set of people can never result in an insoluble conflict between them —this is the basic tenet of all functionalist constitutional models». He elaborates : «The basic tenet of the functionalist constitutional model is flawed. If, as is implicitly assumed by Polanyi's and all other similar models, the parliament of consumers is constituted with one vote for each individual, while the parliament of production enterprises proceeds by means of a different logic of choice, there can most certainly be conflict between them. In the event that neither the organized consumers (Kommune) nor the congress of producers associations is vested with the power of ultimate decision to resolve the conflict, the system is not viable. If ultimate decisions rest with the organized consumers, we have a model of a centralized command economy —which Polanyi rejects as incapable of undertaking rational economic allocation. If final decision making powers are vested in a Congress of Producers, we have the syndicalist model».

This line of argument would indeed be convincing if the implicit starting point on which it is predicated were valid. It is, however, invalid. Mises initial point of departure would have to be that «the constitutional model cannot be operational unless

---

ultimate decision powers are vested in one or the other of the two constitutionally recognized associations». There is no lack of evidence, however, that in the overwhelming number of cases of systems which are acknowledged to be perfectly viable, the opposite is true : the final decision is effected with input from at least two sets of economic actors.

The erroneous conclusion drawn by Mises is explained by the fact that he has failed to distinguish between the two meanings of the words «constitutional form» (*Verfassungsform*), one relating to the societal power relations (*Machtverhältnis*), the other to mutually recognized societal relations (*Anerkennungsverhältnis*). Only in the first sense of the word, i. e. as a societal power relationship is it true that in order for a society to be viable, there is need for a supreme political directorate which can decide an issue in favour of one or the other contending parties to a dispute. If we consider constitutionality in the second sense of that word, i. e. as a relationship of two associated groups with mutually recognized rights and interests, matters are very different. Because Mises does not make this distinction, he erroneously concludes that a constitutional order cannot be viable unless decision making powers are vested exclusively in *one* of the contending groups. Mises' error is perhaps veiled in the ambiguity of the words «final decision», insofar as the adjective «final» may mean ultimate in the sense of the *power relations* which lie *behind* the interest groups.

But even an erroneous line of reasoning may reveal a pertinent objection to an argument. For this reason, we will attempt to address Mises' critique after we have briefly dealt with the problem of the teleological necessity of an ultimate court of decision both in the constitutional sense of power relations, and in the societal sense of the resolution of conflict between recognized interest groups.

In pure power relations, a conflict between two parties can only be resolved by the permanent superiority of one party over the other. In this case, the outcome will indeed be determined by one of the two parties. In the case of equal relative strength of the two parties, there can be no solution by means of power relations :

the settlement of the conflict on the basis of power relations remains elusive. Insofar as a conflict is in fact resolved in such a case, it can only be by reference to mutual recognition by both parties of their social interdependence (e. g. by drafting a constitution, or by law, or custom, etc.). It is *possible* even in this case —albeit more in appearance than reality— that the outcome is imposed (as in the case of «taking turns» or decision by drawing lots). This, however, is likely to be the exception rather than the rule. In the general case the parties have the duty to reach an accord, which is mutually *respected* and which secures the settlement against possible re-emerging conflict. The relative strength of the parties will determine the range in which a compromise is struck. This, however, is qualitatively different from the case of decision by a power above the constitution which suspends and displaces the social contract between the parties. It is erroneous to equate the relatively stronger position (*Übergewicht*) of one of the two parties with decision making by a politically superior power (*Übermacht*).

The position of Mises should thus be reformulated as follows : «The permanent superiority of consumers associations over a congress of producers, (or the reverse), excludes the mutual recognition of the interests of the two groups ; in this case, their relationship must remain one of pure power which can only be viable in the event that final decisions rest with one or the other association. Ergo : collectivism or syndicalism».

To bring evidence of his objection to our thesis, Mises would have to explain which of these two organized interest groups would capture permanent power within the system. (As explained above, a stable solution would require the permanent superiority of one or another party, insofar as rise and fall from supremacy of one or the other party would require precisely the kind of mutual recognition of their interest which we have demonstrated). Mises cannot evade the question, insofar as he cannot prove, *a priori*, that either one or the other of these functionally based associations are likely to gain permanent superiority.

The question has no *a priori* answer. Man as producer and man as consumer represent two aspects of human motivation which are determined by a single life process —the economic activity of the individual. The interest which arise from these motives, thus, manifest themselves fundamentally in equal measure. Insofar as associations of citizens and consumers and associations of producers represent complementary aspects of human economic activity, they are fundamentally equal in relationship one with the other. A tendency toward the stronger assertion of one organized interest group over the other is as likely (or unlikely) as would be the case for an individual. In the event of such an imbalance, there will be a tendency to a corrective counter movement toward equilibrium. The functional principle will tend towards the institution of the mutual recognition of two organized interest groups and constitutes our response to Mises' contestation of our thesis<sup>12</sup>.

We note that we have never stated that there could not be conflict between associations of consumers (*Kommune*) and producers. Such conflicts are an essential dynamic life force of a functionally organized socialist society. In place of conflicts between groups of individualistic opposing interests, such as is the case in a class society, socialism permits conflict between variously constituted aspects of the same body of individuals which animate the society (*Bewegungsprinzip*) and the economy. Not only because choices are ordered differently by individuals,

---

<sup>12</sup>Mises has found our formulation lacking in clarity. We quote : «The association of citizens as consumers (*Kommune*) are the owners of the means of production : the right to dispose (*Verfügungsrecht*) is not however that of the *Kommune* but that of the associations of producers». Mises claims that the central question : «socialism or syndicalism», is here evaded. Mises position is then : «property is the right to dispose. If that right is accorded to organized producers and not to organized consumers, then the producers are the effective owners and we have a syndicalist model» (49). But ownership is not only the right to dispose, it is also the right to appropriate (*Aneignungsrecht*). Insofar as the *Kommune* is the owner of the means of production, it has both the right to appropriate the product, as also the right to dispose of the means of production. Both of these are exercised as social rights, within the framework of the economic order.

---

as argued by Mises, but precisely because the functional organizational model facilitates conflict between functional associations, there is movement within society. What we maintain, in opposition to Mises is that those conflicts are never *irreconcilable* because the transparency (*Durchsichtigkeit*) of conflict between functional organizations representing different interests of the same set of individuals ensure that a solution *must* be possible, just as is the case with respect to contending interests within a single individual. Through their representatives individuals are faced with the task of confronting themselves. The inevitability of reconciliation within a functionally organized socialist society is, thus, based on the physical and psychic unity within the individual and requires no further proof.

In order to prove that such a confrontation could not occur, Mises would have had to turn his argument against the functional model of social organization. He would have had to prove that functional representation by association is ineffective in articulating the interests of individuals as consumers and producers, or that the functional democratic model is not sufficiently transparent to enable individuals to recognize that they have interests both as consumers and as producers. Mises did not assert either of these arguments, not to speak of proving them.

While Mises emphasizes conflict between the interests of individuals as producers and consumers, and thus validates the viability of the model, Weil asserts that consumers and producers (*Kommune und Gilde*) have no conflicting interests at all. Small wonder then that our model, built as functionalist approach to socialist economy appears to him as «mere imagination»<sup>13</sup> and a «curious fantasy»<sup>14</sup> of «mystical powers»<sup>15</sup> to the organizations of consumers and producers. We need not look very far to discover the source of Weil's lack of comprehension. It is his misfortune to have misunderstood the two key concepts of our

---

<sup>13</sup>p. 213.

<sup>14</sup>p. 212.

<sup>15</sup>p. 212.

---

system. Our model designates the constitutional design of society as a «functionalist» one. With respect to a socialist economy, we specifically posit a set of *fixed prices* (*Festpreise*) and a set of *negotiated prices* (*Vereinbarungspreise*). It is to the latter that our model addresses itself. Weil has misinterpreted these negotiated prices<sup>16</sup> as a type of fixed price and has ignored the fundamental nature of the difference. He has similarly misunderstood the term «functional». He identifies «functional» with «guild socialist»<sup>17</sup> which explains the title of his critique «Guild Socialist Accountancy». Although our work assumes a guild socialist organization of production, we have set this within the framework of a functional organization of society. Our principal propositions, however, proceed from the functional organization of society and not from the guild socialist model of production.

Weil has combined the term «functional», whose meaning within the recent socialist literature is evidently not familiar to him, with the term «guild socialist». This crucial error frustrates

---

<sup>16</sup> Clearest in «Festsetzung» or «Vereinbarung von Preisen», pp. 210, 215 and 201, footnote 29 and Part III, B of Weil's critique.

<sup>17</sup> Weil equates functional with guild socialism. We draw attention to the fact that the founders of the guild movement, A. J. Penty and A. R. Orage, did not accept functionalist social theory. Similarly, although not without ambiguity, the guild socialists W. Mellor and S. Taylor have been considered adherents of functional theory by their opponents. «Functionalist» and «guild socialist» have several meanings. Weil has confused «function» with «profession» and has interpreted functional associations as professional associations, i. e. trade unions. Thus he refers to trade unions as *the* «functional» organs in Russia, in contradistinction to the Soviets which he considers as «central administrations». To refer to *one* functional association in a society is as wrong as to maintain that one half of a symmetrical body is considered to be symmetric while the other half is not. Reference is to Weil's discourse on «the functional economy», where Weil suggests the consumers are served «by the "Trust" to which they belong as producers» and are «represented» by the same "Trust". This would, of course, be the exact opposite of functional representation.

his efforts to understand our work<sup>18</sup>. Our entire line of argument thus appears to him as a chaos of contradictions ! These contradictions<sup>19</sup> are easily resolved if one does not misinterpret negotiated prices to mean their opposite, and confuses the organizational model of guild-like associations of producers with the very different concept of a functional constitutional model of society<sup>20</sup>.

Any meeting of minds between Weil's critical comments and our line of argument could only be coincidental. We have found only one such instance, where Weil suggests that the determination of quasi-social costs is not feasible because it is necessary to subtract from the new costs of production «an imaginary quantity» i. e. those costs which would be incurred in the event of a discontinuation of a particular product and its substitution by another product<sup>21</sup>. These comments are pertinent insofar as, in the marginal case of the costs of a new process, there may be a range of indeterminacy<sup>22</sup>. This is a dynamic phenomenon, whereby «social costs» eventually become «natural costs»<sup>23</sup>. Indeed, this is so as a rule, and takes us into the

---

<sup>18</sup>Weil summarizes our argument as follows : «The agreement (*Übereinkunft*) between the two principal associations determines prices, i. e. determines the figures (*Ziffern*) for each and every type of product». In our model, only wages and select raw material prices are pre-determined, while all prices of all other products are freely determined between consumers and producers (*Vereinbarungspreis*). Weil has failed to comprehend this.

<sup>19</sup>(Omitted as trivial).

<sup>20</sup>Weil reveals his lack of familiarity with the functionalist model insofar as he credits us with the creation of the term «*Kommune*», whereas even a passing acquaintance with Cole's *Guild Socialism Re-stated* would have sufficed to save him from this error.

<sup>21</sup>*Cf. op. cit.* p. 209.

<sup>22</sup>*Cf.* our writing, footnote 24.

<sup>23</sup>*Cf.* Weil, pp. 209-210. The calculability of «natural» and «social» costs does not constitute a problem for us, insofar as we base our system on costs, leaving value, in the utility sense of the word, to the operation of the organized «market». Weil charges us with failure to deal with the

area of accountancy of a dynamic economy. In our functional societal model, the transition from «social» to «natural» costs would have to be determined by agreement between the organizations of consumers and producers. The objection raised by Weil relates to a dynamic phenomenon which we could not address in our static treatment.

Traduction *Kari POLANYI-LEVITT*  
*Institut Karl Polanyi d'Economie Politique,*  
Montréal

---

problem of additivity of costs, whereas we have addressed ourselves from the start, precisely to the problem of costs, in considerable detail. Weil, for his part, discusses this problem, and the equally important analysis of the concept of productivity, with an offhand remark or two.